



Andere müssen die Suppe auslöffeln

Ein Kommentar von Thomas Gründemann zum Stellenabbau bei der Landespolizei

Kiel – Knapp eineinhalb Monate ist es nun her, dass Innenminister Studt der Öffentlichkeit verkündet hat, in welchen Bereichen die Landespolizei Stellen und Personal abzubauen beziehungsweise umzusteuern hat. Nach wie vor hält die Gewerkschaft der Polizei die Entscheidung der Personalreduzierung bei der Landespolizei und damit im Bereich der Inneren Sicherheit für einen Irrweg. Nicht zuletzt auch mit Blick auf die gegenwärtige unklare Sicherheitslage. Dennoch trugen die Bedenken und die Kritik der GdP keine Früchte. Ein Koalitionsstreit sollte in der ohnehin instabilen rot-grün-blauen Landesregierung offenbar unter allen Umständen vermieden werden.

Auch wenn die Spatzen schon vieles von dem von den Dächern gepfiffen hatten, was der Minister gegenüber der Presse verkündete, war der Umfang der Stelleneinsparungen im IT-Bereich letztlich dennoch überraschend und gleichermaßen unverständlich. Besonders bitter: Damit geht der Minister sogar über das bisher verkündete Maß an Stelleneinsparungen hinaus!

Jedoch müssen der Innenminister und die Landesregierung die Suppe, die sie anderen eingebrockt haben, nicht selbst auslöffeln.

Die schwerste und undankbarste Aufgabe, diese auf dem Rücken der Beschäftigten getroffenen irrsinnigen Sparbeschlüsse nun konkret umzusetzen, obliegt nämlich den Verantwortlichen im Führungsbereich und den Personalräten der Landespolizei. Eine Aufgabe, um die sie nicht herumkommen und schon gar nicht zu beneiden sind.

Paradox: Obwohl sie den Stellenabbau ablehnen, sind sie es, die jetzt die für die Betroffenen in der Landespolizei schmerzliche Entscheidung der rot-grün-blauen Landesregierung und Innenminister Studt „erfolgreich vollstrecken“ müssen.

Und schon wenige Tage nach der Verkündung durch den Minister wur-



Innenminister Studt mit Innenstaatssekretärin Manuela Söller-Winkler bei der Pressekonferenz. Foto: Gründemann

den unter der Verantwortung von Jörg Muhlack, dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, und Landespolizeidirektor Ralf Höhs die ersten Schritte für die Umsetzung abgestimmt. So gilt es jetzt für die Personalverantwortlichen in der Landespolizei und mit ihnen dem Hauptpersonalrat und den örtlichen Personalräten der Polizei, für und mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen der vom Abbau und der „Umsteuerung“ von Personal berührten Bereichen vernünftige, angemessene und soziale Lösungen zu finden. Sorgfalt vor Eile sollte hier einerseits der Leitgedanke sein, andererseits darf der Zeitraum der Unsicherheit aber auch nicht zu lange dauern. Hier den richtigen Weg und das Maß zu finden, ist für die mit dieser Aufgabe betrauten Verantwortlichen in der Landespolizei eine große Herausforderung.

- Reduzierung der Einstellungszahlen

Schmerzlich und sicherlich auch wider der Vernunft ist im Zusammenhang mit dem Personalabbau vor allem auch die Reduzierung der Einstellungszahlen. So werden in diesem Jahr 30 und 2017 noch einmal 50 junge Nachwuchskräfte bei der Polizei eingestellt weniger als geplant. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Wettstreits

um geeigneten Nachwuchs in freier Wirtschaft und Öffentlichem Dienst, der Altersstruktur in der Landespolizei (Durchschnittsalter fast 45 Jahre) und des extremen Krankenstandes von über 7% passt ein solcher Weg nicht in die Zeit und dramatisiert den Stellenabbau erheblich.

Und dass sich derartige gravierende Personalreduzierungen in der Landespolizei erst nach Jahren wieder korrigieren lassen, ist eine Binsenweisheit.

- Handpuppenbühne – Schwächung der Verkehrsüberwachung

Aus seiner Sicht vielleicht raffiniert, aber dennoch durchschaubar und fachlich enttäuschend, hat sich der Innenminister bei den Handpuppenbühnen aus der Affäre und Verantwortung gezogen. Ihren Bestand zuzusagen, aber gleichzeitig die Prüfung anzukündigen, diese Aufgabe von im Ruhestand befindlichen ehemaligen Polizisten wahrnehmen zu lassen, zielt offenbar nur darauf ab, die Öffentlichkeit nicht gegen sich aufzubringen. Faktisch könnte und wird es vermutlich das Aus für die bislang dienstlich mit dieser Aufgabe erfolgreich betrauten Kolleginnen und Kollegen bedeuten – und das weiß der Minister auch. Und trotz dieser offenkundigen Mogelpackung hat er auch noch entschieden, die Verkehrsüberwachung zu schwächen. Zehn Stellen für die Überwachung und Kontrolle von Aggressionsdelikten sollen eingespart werden. Bei beiden Entscheidungen setzt Studt offenbar darauf, dass „schon niemand darüber fällt“. Mit einem solchen politisch motivierten Vorgehen kann sich der bislang glücklose Minister jedoch bei seinen Beschäftigten in der Landespolizei kein Vertrauen erwerben. Aber daran scheint deren oberster Dienstherr offenbar auch kein gesteigertes Interesse zu haben.



PERSONALRATSWAHLEN – INTERVIEW

Hohe Wahlbeteiligung ist mein erstes Ziel

Kiel – Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So stehen voraussichtlich im Mai die Wahlen des Hauptpersonalrates der Polizei und der Mehrzahl der örtlichen Personalräte in der Landespolizei an. Dies nahm DP-Landesredakteur Thomas Gründemann zum Anlass, mit dem Vorsitzenden des Hauptwahlvorstandes ein Interview zu führen.

DP: Horst, du bist jetzt schon eine gefühlte Ewigkeit eine Art Landeswahlleiter. Wie oft machst du das nun schon und vor allem warum?



Bei ihm laufen die Fäden bei den Personalratswahlen wieder zusammen: Horst Winter – der Vorsitzende des Hauptwahlvorstandes.

eine Entscheidung oder die Nichtdurchführung einer anderen Entscheidung oder Maßnahme dem Engagement des Personalrats zu verdanken haben.

Ich nehme mich und meine früheren Aufgabenbereiche davon überhaupt nicht aus.

Personalratsvertreter haben ihr Ohr sehr häufig viel dichter an Mund und Herz der Betroffenen, als die Personaler oder die Vorgesetztenebene das hat/haben kann. Und die Personalräte können dann durchaus mit Dingen und Sachverhalten aufwarten, die in keinem Schriftsatz stehen, in keiner Personalakte vorhanden sind und sich doch als bedeutungserheblich darstellen und Entscheidungen durchaus beeinflussen.

Nur – und das meinte ich eben mit meiner Bemerkung – die auch der Personalvertretung obliegende Verschwiegenheitspflicht verhindert eben vielfach die öffentliche Bekanntgabe personalratlicher Erfolge oder Einflussnahmen.

DP: Du nimmst das Amt des Wahlvorstandsvorsitzenden für die Wahl zum HPR nicht zum ersten Mal wahr. Gibt es da besondere Ziele, wenn ja welche?

Winter: Also, es gibt drei Kernthemen, die aber ständig bei solchen Anlässen bedeutsam sind:

Mein erstes Ziel ist eine möglichst hohe Wahlbeteiligung, denn die Per-

Fortsetzung auf Seite 4

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 3/2015:
Montag, 2. Februar 2015



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Horst Winter: Also ich begleite die Personalratswahlen in der Funktion Wahlvorstand seit Anbeginn des Mitbestimmungsgesetzes und der Wahlordnung. Die Verantwortung für die HPR-Wahlen habe ich erstmalig im Jahre 2003 übernommen, es ist jetzt also die vierte HPR-Wahl in Folge. Tja, und ich mache es, weil ich die Arbeit der Personalräte sehr schätze. Ich war und bin ja selber langjähriger Personalverantwortlicher, also einer aus dem „31er-Clan“. Ich habe daher stets viel mit den Personalratsgremien zusammengearbeitet und tue das heute noch.

Personalräte haben es meines Erachtens schwer, gerade wenn sie ihre Arbeit gut machen.

Deren Motto lautet: Tue Gutes, aber rede nicht drüber – und ist für die Angehörigen der Personalvertretung täglich Brot.

Die Verwaltung hat es da einfacher. Sie kann ehemals belastend empfundene Maßnahmen abändern, umdeuten oder aufheben. Viele Kollegen und Kolleginnen wissen oft gar nicht, dass sie



Drei Frauen und drei Männer bilden den Hauptwahlvorstand: Marie-Luise Sperber, Gabriele Beier, Horst Winter, Norina Gloy-Leinweber, Martin Samman und Michael Tietgen. Fotos (2): Thomas Gründemann



BELASTUNGSKONFERENZ

Reibereien zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten sind belastend

Bad Bramstedt/tgr – Bei der GdP-Belastungskonferenz „... damit unsere Polizei auch zukünftig einsatzfähig bleibt ..!“ im November, über die in der letzten DP-Ausgabe berichtet wurde, waren vier Workshops gebildet worden. In diesen Workshops wurden unterschiedliche Themenfelder aufbereitet und diskutiert. Mit der heutigen Ausgabe des DP-Landesjournals beginnt Redakteur Thomas Gründemann, die Ergebnisse der Workshops in komprimierter Form vorzustellen:

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf; soziale Isolation; Vollzeit und Teilzeit“ – so war der Workshop überschrieben, in dem sich unter der Leitung von Kristin Stielow und Sven Neumann 13 Kolleginnen und Kollegen austauschten.

Dabei wurden folgende Ergebnisse und gewerkschaftliche Forderungen erarbeitet:

- Planbarkeit von Diensten/Sondereinsätzen

Erhöhung der Mindeststärken auf den Dienststellen mit Präsenzaufgaben

Begründung: In vielen Dienststellen wird mit einer zu geringen Mindeststärke gearbeitet. Auf einem Kieler Revier konnte selbst diese Mindeststärke in nur der Hälfte der angefallenen Dienste überhaupt realisiert werden. Dies hat zur Folge, dass die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen erheblich zunimmt. So kann es nicht mehr gelingen, Arbeitsspitzen, die spontan auftreten, abzufangen.

- Aufstellung einer zweiten, ständigen Einsatzhundertschaft

Begründung: Durch die Aufstellung einer zweiten Einsatzhundertschaft können Arbeitsspitzen, abgefangen werden. Dadurch kommt es zu einer Entlastung des Einzeldienstes.

- Einführung eines Betriebskindergartens/Hortes

Begründung: Durch die Einführung eines Betriebskindergartens/Hortes soll den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, flexibler auf spontane Dienstplanänderungen reagieren zu können. Einstimmig wurde eine Betreuung durch spontan ein-

springende „Aushilfen“ abgelehnt. Kinder müssen einen festen Bezugspunkt haben und sollen nicht von verschiedenen Personen umsorgt werden. An diesen Betriebskindergarten sind die Kinder dauerhaft gewöhnt. So kann in dieser vertrauten Umgebung auch zu späterer Stunde eine Betreuung erfolgen. Ein solcher Betriebskindergarten muss über die normalen Öffnungszeiten hinaus verfügbar sein, und es sollte auch in Einzelfällen eine Übernachtungsmöglichkeit gegeben sein. Hierbei ist durch die Landesregierung zu prüfen,

Erläuterungen: Es wurden diverse Reibereien zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten angeführt. Dies ist für alle Betroffenen emotional belastend – zusätzlich zu den bereits belastenden Diensten. Die Transparenz kann und muss geschaffen werden durch entsprechende Erläuterungen (= Aufklärung) der Vorgesetzten. Teilzeitkräfte haben nicht „viel frei“, sondern andere Verpflichtungen.

- Mit den betroffenen Mitarbeitern müssen verbindliche Verträge geschlossen werden. So ist für jede



In Gruppen wurden die Themen der Belastungskonferenz diskutiert und gewerkschaftliche Forderungen erarbeitet.

Foto: Gründemann

ob auch andere Landesbereiche mit Schichtdienst mit einbezogen werden sollten. Unter anderem sind dies das UKSH und andere Betriebe mit Schichtdienstleistenden.

- Einführung der 35-Stunden-Woche für Kolleginnen und Kollegen im Schwerpunkt- und Wechselschichtdienst

Begründung: Durch die Psychologin Frau Grzech-Sukalo wurde festgestellt, dass ein gesunder Schichtdienst mit einer Wochenarbeitszeit von 41 Stunden nicht möglich ist. Die Belastungen können abgemildert werden, wenn die Wochenarbeitszeit 35 Stunden nicht übersteigt.

Neidfaktor und Reibereien zwischen Vollzeit- und Teilzeitkräften

- Transparent nach innen und außen (Warum arbeitet jemand in Teilzeit, und welche Anstrengungen sind damit verbunden?)

Vertragsseite klar, welche Erwartungen der jeweils andere hat.

Erläuterungen: Die verbindlichen Verträge schaffen eine Handlungssicherheit beider Vertragspartner. Diese einzuhalten, ist für beide verpflichtend – begründete Ausnahmen müssen zugelassen werden. Weitere Regeln für eine Gerechtigkeit der zu verteilenden Dienste müssen geschaffen werden. Dies bedeutet, dass auch Teilzeitkräfte anteilig zu Nachtdiensten, Wochenenddiensten und Feiertagsdiensten herangezogen werden.

Teilzeitausgleich

Der Dienstherr darf die Personalstärke nicht mehr nach Köpfen berechnen, sondern nach tatsächlich vorhandenen Zeitanteilen – das fehlende Personal muss aufgestockt/mehr eingestellt werden. Der Dienstherr muss außerdem mehr Personal

Fortsetzung auf Seite 4



BELASTUNGSKONFERENZ

Fortsetzung von Seite 3

ON TOP einstellen für die vorauszurechnenden Abwesenheiten von Müttern und Vätern in Eltern- und Teilzeit. Ergänzend sollten Tagesdienstleistungsplätze und mehr Heim-arbeitsplätze auch für Teilzeitkräfte geschaffen/zur Verfügung gestellt werden.

Karrierechancen von Teilzeitkräften

Erläuterungen: Das Grundproblem ist, dass Teilzeitkräfte nicht on top als Verstärkung auf den Dienststellen arbeiten, sondern eher als „Belastung“ wahrgenommen werden, da die Teilzeitkraft wie eine Vollzeitkraft „gelistet“ wird. Aus diesem Grund gibt es unter Teilzeitlern den „freiwilligen

Karriereknick“ – Teilzeitkräfte in Führungspositionen oder welche, die es werden wollen, haben das Gefühl, die Stelle nicht ausfüllen zu können. Das System gibt es nicht anders her, sodass die gewerkschaftliche Forderung nach einer zweiten Führungskraft gefordert wird.

Deshalb wurden folgende gewerkschaftliche Forderungen formuliert:

- Zweite Führungskraft

Nur, wer als TZ eine (anerkannte) Vertretung hat, kann sich voll auf seine Arbeit konzentrieren und hat keine „Nebenkriegsschauplätze“. Dies bedeutet auch, dass die zweite Führungskraft analog zur ersten Führungskraft bezahlt wird.

- Vorübergehende Einweisung in einen Dienstposten

Der Vertreter einer dienstpostenbewerteten Stelle muss zukünftig wie

der Stelleninhaber bewertet werden und vorübergehend eingewiesen werden (mit allen Chancen auf Beförderungen), sofern der Stelleninhaber in TZ arbeitet.

- Teilzeitstudium Altenholz und Hilstrup

Teilzeitkräfte der Landespolizei Schleswig-Holstein scheuen vor einem Aufstieg in den gehobenen/höheren Dienst, da dies schwer mit einer bereits gegründeten Familie unter einen Hut zu bekommen ist. Es wird in Altenholz kein Teilzeitstudium angeboten. Die GdP erwartet hier eine deutliche Verbesserung, die auch durch ein Fernstudium geschaffen werden kann. Familie oder Karriere stehen für viele beschäftigte Frauen der Landespolizei noch im Widerspruch und nicht im Einklang zueinander!

PERSONALRATSWAHLEN – INTERVIEW

Fortsetzung von Seite 2

sonalvertretungen repräsentieren die Beschäftigten. Und für den Hauptpersonalrat Polizei gilt nach meiner Auffassung ganz besonders, dass von Dienstherrnseite darauf geguckt wird, ob der dann neue HPR wiederum von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Mein zweites Ziel ist die schon erwähnte Rechtssicherheit der Wahl an sich. Das ist der Anspruch, den ich auch in der WuE-Stelle an mich und meine Arbeit habe. Personalratswahlen werden häufiger angefochten, als man sich das gemeinhin vielleicht vorstellt, ganz überwiegend durch den Dienstherrn übrigens.

Ich bin da für die Wahlen 2015 zwar ganz unbesorgt, gehe aber auch gar nicht gerne nur mit der Silbermedaille vom Platz, sprich aus einer etwaigen gerichtlichen Nachbetrachtung.

Mein drittes Ziel ist, für die örtlichen Wahlvorstände solider Ansprechpartner zu sein. Personalratswahlen finden ja nur alle vier Jahre statt, da muss man immer mal wieder blättern und nachfragen können. Vorschriften, die vier Jahre lang quasi brachliegen und dann reaktiviert werden müssen, erzeugen nun mal mindestens Verständnisschwierigkeiten.

DP: Und, gibt es schon Termine oder einen Masterplan?

Winter: Ja, klar gibt es schon Überlegungen und Vorbereitungen.

Das Erste ist, dass personell das Team steht. Das ist ganz wichtig und die Wahl ist auch keine „One-Man-Show“.

Das Zweite ist, dass der Gesetzgeber den groben Zeitrahmen für die Wahl bereits vorfestgelegt hat. Die Wahlen finden stets zwischen dem 1. März und dem 31. Mai statt. Und selbst wenn es noch keine Gespräche mit den im HPR vertretenen Entsendegewerkschaften gegeben hat, es zeichnet sich augenblicklich ein Termin um den 11. Mai herum ab. Die Zeit bis dahin braucht man aber auch.

DP: Wo erfahre ich und ab wann etwas über die Personalratswahlen?

Winter: Es gibt einen vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Weg – der heißt Aushang. Es wird eine Vielzahl von Mitteilungen geben, die sich an den Aushangbrettern wiederfinden. Aber es wird auch Begleitinformationen über das Intranet geben. Auch da haben wir seit Langem helfende Hände bei den IT-Leuten auf dem Eichhof und das klappt auch sehr gut.

Der Zeitpunkt der ersten und der folgenden Informationen liegt aktuell noch in der Rubrik Vorbereitungen, aber es wird keinem und keiner Wahlberechtigten möglich sein, die Personalratswahlen an sich, die Termine sowie das, was richtig und falsch bei Personalratswahlen ist, nicht zur Kenntnis zu nehmen.

DP: Welche Wahlen finden über die HPR-Wahl hinaus statt?

Winter: Wir haben in beiden Ämtern Wahlen zum örtlichen Personalrat und auch die Fläche wählt mit Ausnahme der Polizeidirektionen Neumünster und Flensburg. Aber auch bei den Letztgenannten findet natürlich die HPR-Wahl statt.

Auch zu den Wahlen zum örtlichen Personalrat wird es noch rechtzeitig und umfangreich Informationen geben.

DP: Gibt es erkennbar oder erwartbar Probleme oder Schwierigkeiten für den Wahlvorstand oder die Wahlberechtigten?

Winter: Ach, Schwierigkeiten gibt's immer irgendwie, aber die zu minimieren, bin ich ja angetreten. Wichtig ist, für alle 8300 Bediensteten die Möglichkeit zu schaffen, an einem bestimmten Zeitpunkt bei klaren Vorgaben zum Verfahren die Wahlen durchzuführen. Das läuft anders als bei vielen Arbeitsgruppen, die man so kennt. Wenn da das Ergebnis noch nicht steht, wird der Zeitrahmen eben erweitert. Das geht hier nicht. Wenn am Wahltag nicht alles in Sack und Tüten ist, hat der Wahlvorstand, habe ich es verweigert. Das wäre noch übler als die Silbermedaille.

Und für die Wahlberechtigten gilt analog zum ehernen Grundsatz der Sprechfunkausbildung „erst denken, dann drücken“ der Wahlgrundsatz „erst lesen, dann ankreuzen“.



SCHWERTRANSPORTE

Schwertransporte, der ganz alltägliche Wahnsinn

Heide – Es begab sich zu einer Zeit, da wünschten sich die Bevölkerung und die Politik einen Weg aus der Atomenergie hin zu erneuerbaren Energien. Dies brachte Bewegung in die Wirtschaft und verschaffte der Polizei neue, nicht zu unterschätzende zeit- und personalintensive Aufgaben.

Waren wir vom PBR Heide (und Itzehoe) anfangs mit ein bis zwei Begleitstreifen pro Woche unterwegs, änderte sich dies fast schlagartig mit der bevorstehenden Novellierung des Energieeinspeisegesetzes „EEG“ 2014.

Jegliche Transporte, die in Höhe, Breite und/oder Gewicht ein vorgegebenes Maß überschreiten, werden hierzu beim GLFZ des LPA vom Spediteur schriftlich angemeldet. Dort beginnt dann die landesweite Disponierung der Transporte. Hierzu werden vorab vermehrt telefonische Vorabsprachen getroffen, die oftmals mit den Worten „... Du wirst es nicht glauben die Ostroute ist total dicht ...“ beginnen. Waren es **2009 noch 4700 angemeldete Transporte**, steigerte sich diese Zahl im **Jahr 2013 auf 7657 Transporte**, von denen 5330 polizeilich begleitet werden mussten. Bis zur ersten Jahreshälfte 2014 wurden bisher 4174 angemeldet und 2937 durch die Polizei begleitet. Da der „heiße Herbst“ noch ansteht, ist zu vermuten, dass die Vorjahreszahl deutlich überschritten wird.

Aus den anfänglichen zwei bis fünf Transporten pro Schwertransportnachtschicht werden derzeit in der Spitze bis zu 17 Transporte durch unser Revier begleitet. Diese führen uns quer durchs Land (Dänemark, Bad Segeberg, Lübeck, Kiel, Hamburg) und erbringen bis zu 600 km in 13 Stunden am Stück für die begleitenden Polizeistreifen. Die Transporte umfassen sowohl Fahrzeuglängen von > 60 Metern (ohne Überhang!) als auch Breiten von > 6 Metern. Dies macht es erforderlich, dass Transporte und zusammengefasste Konvois teils mit bis zu drei Streifenwagen begleitet werden müssen. In Einzelfällen kam es auch schon dazu, dass wir von zwei Streifen der PDAFB unterstützt wurden. Diese fahren zwei Stunden zu uns an die Westküste, begleiten

den/die Transport/-e für fünf bis sechs Stunden und fahren wieder zwei Stunden zurück.

Am Tage disponiert ein Mitarbeiter unserer Dienststelle die Transporte, hält Rücksprache mit dem LPA, den Fahrern sowie Begleitern und fertigt im Anschluss die Kostenmitteilungen. In der Nacht des 5. 6. 2014 waren auch wieder 13 Transporte für unsere Dienststelle vorgesehen und nach telefonischer Rücksprache mit dem LPA disponiert worden. Dies machte es erforderlich, dass drei Streifen, ergo sechs Beamte unserer Dienststelle, mit dieser Querschnittsaufgabe beauftragt wurden. In Anbetracht der vorausgegangenen, geleisteten Tagessdienstzeit auf dem Radarwagen wechselte ein Mitarbeiter noch im Laufe der Nacht mit einem weiteren Kollegen. Diese Form der Improvisation sei es u. a. gedankt, dem steigenden Druck der Schwertransportbegleitung gerecht zu werden.

Aus logistischen Gründen wurden diesmal fünf Transporte zu einem Konvoi zusammengefasst und gegen 20 Uhr am Parkplatz Steinburg der BAB 23 mit zwei Streifenwagen in Empfang genommen. Hierbei handelte es sich ausschließlich um Windkraftanlage-teile. Da jeder einzelne Transport mit einem BF3-Begleitfahrzeug ausgestattet war, ergab der fahrende Transport inkl. Abstand eine **Gesamtlänge von ~ 500 Metern** und einer **max. Breite von 4,50 Metern!**

Kurz vor der Ausfahrt Heide-Süd meldete der Fahrer eines Turnteils gegen 21 Uhr einen **Reifendefekt**. Der 500 Meter lange Konvoi musste umgehend am rechten Fahrbahnrand „abboxen“ und unter Zuhilfenahme der BF3 gesichert werden. Es stellte sich heraus, dass der innere Reifen der Zwillingsbereifung zerrissen war und die Mantelteile auf 500 Metern verstreut auf der BAB lagen. Zu allem Übel meldete der Fahrer noch eine

Leckage in der **Hydraulikleitung**. Nach Absicherung und einseitiger Sperrung der rechten Fahrbahn setzten die Fahrer alles in Bewegung, um nach 35 Minuten die Fahrt wieder fortsetzen zu können. Dank der neuen Warnleuchten und Wechsellichter war die Erkennbarkeit mit Einsetzen der Dämmerung gegeben. Kaum hatten wir die gefährlichen Reifenteile von der Fahrbahn geräumt, waren die Reparaturarbeiten abgeschlossen und wir setzten unsere Fahrt fort.

Das anberaumte Ziel wurde ohne weitere Störungen zur späteren Stunde erreicht. In Anbetracht der vorausgegangenen, unvorhersehbaren Ereignisse verzögerten sich die angrenzenden Transporte. Unsere Schicht, beginnend um 17 Uhr, endete nach 550 Kilometern am Stück diesmal gegen 6 Uhr. Bei der Übernahme des letzten Transportes auf dem PP Steinburg trafen wir hier an der Westküste auf Lübecker Kolle-



Die Begleitung von Schwertransporten mit Überlängen fordert die Polizei in vielfältiger Art und Weise.

gen. Dies verdeutlicht die landesweit anhaltende Belastung der mit dieser Aufgabe vertrauten Kollegen.

Politisch wird mit Hochdruck daran gearbeitet, durch neue Gesetzesinitiativen die Belastung durch Schwertransporte für die Polizei zu reduzieren. In Anbetracht der erforderlichen, rechtlichen Eingriffsbefugnisse ist nach heutiger Sicht jedoch nicht mit einer Entlastung zu rechnen. Lange und breite Transporte machen es auch weiterhin erforderlich, dass wir diese begleiten.

Dieser kurze Bericht soll die Belastung und Aufgaben aller PBRen landesweit verdeutlichen und widerspiegeln.

Lars Otterbach



SCHMERZENSGELD

Neuer Titel im Landshaushalt geschaffen

KIEL. Damit haben SPD, Grüne, SSW und CDU bundesweit etwas ganz Neues geschaffen: Können Polizeibeamte (auch andere Landesbedienstete) rechtsfähige Schmerzensgeldtitel nicht eintreiben, so tritt nun das Land ein. In der Dezember-Sitzung des Landtages beschloss mehrheitlich der Landtag diese neue Regelung. Ausführungsbestimmungen liegen zwar nicht vor, aber dennoch ist die neue Verfahrensweise zu begrüßen.

Dr. Axel Bernstein von der CDU hatte den Stein ins Rollen gebracht: „Es gibt im Öffentlichen Dienst Berufe, die mit erhöhtem Risiko verbunden sind, Opfer von Gewalt zu werden. Für die Polizei wissen wir sehr genau, dass Angriffe auf Polizisten zunehmen.“

Die SPD, mit ihrer Abgeordneten Simone Lange, nahm den Ball auf und engagierte sich im Regierungslager für eine Mehrheit: „Wir wollen und werden die Landesbediensteten, die einen

Schmerzensgeldanspruch haben, bei Ausbleiben der Zahlung durch den Schädiger nicht allein lassen.“ Auch Burkhard Peters von den Grünen sekundierte mit Beispielen aus dem Rechtsleben: „Für sogenannte Bagatellschäden gibt es überhaupt nichts. Das können umfangreiche Prellungen und ein leichtes HWS-Syndrom sein. Für Blutergüsse und blutende Verletzungen an den Beinen, die verbunden werden mussten, gab es nach einem Urteil des Amtsgerichtes Köln aus dem Jahr 2005 nur 250 €. Die Beleidigung eines Polizeibeamten als „Scheißbulle“ ergab vor dem Amtsgericht Böblingen 2006 immerhin ein Schmerzensgeld von 300 €. Um in den Bereich von ca. 1500 € zu kommen, muss es schon eine Nasenbeinfraktur durch einen Schlag ins Gesicht sein. Für eine Schussverletzung aus nächster Nähe in den Oberkörper mit schweren Verletzungen sprach der Bundesgerichtshof 2013 ein

Schmerzensgeld von 10 000 € zu. Sie sehen also, dass von einer Genugtuungsfunktion, die mit dem Schmerzensgeld erzielt werden soll, in den meisten Fällen nicht wirklich die Rede sein kann. Umso ärgerlicher ist es für die betroffenen Beamten/-innen, wenn selbst diese geringen Beträge mangels Zahlungsfähigkeit des Schädigers nicht vollstreckt werden können. Im Falle der – Gottseidank wenigen – schwerverletzten Beamten/-innen ist es erst recht nicht zumutbar, dass sie neben den Verletzungsfolgen offene Schmerzensgeldforderungen ertragen müssen.“ Angesichts der Tatsache, dass 2013 1188 gewalttätige Angriffe gegen 2234 Beamte registriert wurden, ist dies ein richtiger Schritt. Nun bleibt es abzuwarten, wie die „Bürokratie“ die Ausgestaltung vornimmt und ob es wirklich dann schnell und unbürokratisch zur Auszahlung ausbleibender Schmerzensgelder kommt. **rr**

Anzeige




Rhein Kurs Amsterdam

mit der Arosa Aqua

7 Tage vom 29. August bis 5. September 2015 ab/bis Köln

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH



Schöne Zeit



Alles inklusive

- VollpensionPlus
- Ganztags hochwertige Getränke
- Bequem mit der DB zum stark reduzierten Preis an- und abreisen
- Abholung von AROSA am Zielbahnhof und auch zurück
- Kinder reisen kostenfrei*
- 15 % SPA-Ermäßigung
- Kabinenwasser
- WLAN kostenfrei
- Spezialitäten-Abende (serviertes 4-Gänge-Menü)
- Ausflüge vorab online reservierbar
- Eine Stadtrundfahrt/Stadtrundgang (halbtags)
- Kabinen- und Abschiedsgruß
- Badezimmerartikel und Bademantel in der Kabine
- Nutzung der Bordeinrichtungen
- Bordunterhaltung

* Kinder reisen in Begleitung eines erziehungs berechtigten Erwachsenen in einer Kabine kostenfrei mit (limitiertes Kontingent)

Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

psw-tours.de

ab 1.099,-* p.P.

* bei Buchung bis 28. Feb. 2015

Highlights:

Kreuzen auf dem Markermeer / IJsselmeer + Hoorn + Amsterdam + Rotterdam + Hafenumfahrt + Holländisches Delta + Gent + Terneuzen + Westerschelde + Lichterfahrt + Antwerpen + Arnheim

Veranstalter: A-ROSA Flussschiff GmbH Loggerweg 5 · D-18055 Rostock

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen



Und was sonst noch so war ...

20. November

Heute feiern SEK und MEK im Landeshaus ihr 40-jähriges Bestehen. Neben dem Innenminister, den Leitern des Landeskriminal- und Landespolizeiamtes, dem zuständigen Abteilungsleiter im Landespolizeiamt ist auch der Landtagspräsident Klaus Schlie gebeten worden zu sprechen. Durch Verhinderung liegt seine Rede auf den Stühlen. Darin ist folgender Absatz bemerkenswert: „... Allerdings darf dabei nie vergessen werden, dass Sie es in Ihren Einsätzen vielfach mit Schwerstkriminellen zu tun haben, die aufgrund der ihnen zur Last gelegten Straftaten im buchstäblichen Sinne „nichts mehr zu verlieren haben!“ Waghalsige Fluchtmanöver oder den rücksichtslosen Gebrauch von Waffen und Gewalt müssen Sie daher von vornherein in Ihren Einsatzbewältigungsstrategien berücksichtigen. Aus diesen Grund sind auch Ihre überlebenswichtigen Trainings- und Übungseinheiten nicht frei von Gefahren und Risiken.“

2. Dezember

Bei der heutigen Landesvorstandssitzung beschäftigen wir uns mit einem Antrag des Landesfachausschusses Kriminalpolizei. Es geht um eine Zulage für Obduktionen und Leichenbesichtigungen – die frühere Leichenschau. Der Landesfachausschuss hatte sich dazu in der vorangegangenen Sitzung mit dieser Thematik intensiv befasst. Er legte dem Landesvorstand eine prägnante Begründung vor: Neben der psychischen Belastung, die insbesondere bei der Bearbeitung von Leichensachen, die auch Babys und Kleinkinder betreffen, entstehen können, sind Todesermittlungen vielfach mit extrem unangenehmen Begleiterscheinungen (u. a. visuelle Eindrücke durch Verbrennung, Verstümmelung, Gerüche durch Verwesungsprozesse bei langer Liegezeit) verbunden.

Diese treten besonders intensiv bei der Durchführung der Leichenschau zwecks Dokumentation des Körperzustandes und ggf. vorhandener Verletzungen sowie bei der Durchsichtung einer verstorbenen Person zum Zwecke der Identifizierung auf. Gleiches gilt für die Teilnahme an Obduktionen.

Ergänzend zu den genannten Belastungen ist aufgrund der bei den Verwesungsprozessen einsetzenden Geruchsentwicklung oft eine sofortige Wäsche der getragenen Kleidung notwendig.

10. Dezember

GdP-Mitglieder haben die Möglichkeit, die AdvoCard als Rechtsschutz für Privat- und Wohnungs-/Hausrechtsschutz abzuschließen. Zum 1. Januar 2015 ändern sich die Preise. Rechtsschutz wird ohne Selbstbeteiligung gewährt. Übernommen werden Anwalts- und Gerichtskosten, daneben Kosten, die durch Zeugen und Sachverständige entstehen, wenn sie vom Gericht herangezogen werden. Inkludiert sind weiter auch Kosten bei einem ausländischen Gericht einschließlich der fälligen Übersetzungs- und Dolmetscherkosten. Die Jahresprämie beträgt für Privat-Rechtsschutz 142,50 €, für Privat- und Wohnungs-/Hausrechtsschutz 193,80 €.

12. Dezember

Helmut Schwabe, langjähriger Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei, schreibt uns von seinem jetzigen Wohnsitz in Österreich: „In Gedanken gehe ich jetzt noch oft auf Streife, wie ich es ab 1947 im Hamburger Randgebiet tat. Im Januar des Jahres hatten wir Kohlenzüge auf der Durchfahrt in Hamburg bis Eidelstedt begleitet und bewacht, weil sie sonst ausgeraubt wurden und leer in Schleswig-Holstein ankamen. Hier hatten die Bäcker keine Kohlen zum Brot backen. Bei eisigem Frost, ohne Wintermäntel war es eine Zitterpartie für uns. Doch das war vor rund 60 Jahren.“

15. Dezember

Diese Veröffentlichung passt haargenau auf unsere Belastungskonferenz. US-Forscher beschäftigten sich mit dem Thema Schichtarbeit: Schichtarbeit macht dick. Beschäftigte im Schichtdienst sind öfter übergewichtig und haben ein höheres Risiko, an Herz-Kreislauf-Störungen zu erkranken. Auf die Frage, warum das so ist, geben die US-Forscher nun die Antwort: Der Energiebedarf der betreffenden Personen ist kleiner als gedacht. „Menschen, die im Schichtsystem arbeiten, haben einen niedrigeren Energiebedarf. Wenn sie ihr Essverhalten nicht anpassen, kann das zu Übergewicht führen“, so Kenneth Wrigth, Direktor des Schlaflabors an der Uniklinik Colorado. Für ihre Studie betreuten die Forscher 14 Erwachsene, die während des sechstägigen Experimentes im Krankenhaus lebten. Zunächst durften sie zwei Tage ihrem normalen Rhythmus folgen und nachts schlafen. Dann mussten sie drei Tage

Nachtschicht leisten. Während der Studiendauer wurden Ernährung, Hormonhaushalt und Schlaf kontrolliert. Nach der ersten Nachtschicht benötigten die Probanden im Schnitt vier Prozent mehr Energie. Aber entgegen den Erwartungen stellte sich ihr Körper auf den neuen Rhythmus ein und verbrauchte pro weiterer Nacht drei Prozent weniger Energie.

16. Dezember

Bernd Poschkamp, Vorsitzender des Landesfachausschusses Wasserschutzpolizei, ist am Telefon. Er ist immer noch auf der Zinne über die Personaleinsparungen der maritimen Polizei. Wir alle halten den Abbau von Personal grundsätzlich für falsch. Schleswig-Holstein hat eine Küstenlinie von insgesamt 870 Kilometern. Darüber hinaus führt durch das Land neben dem Elbe-Lübeck-Kanal die mit rund 35 000 Schiffen jährlich und ca. 100 Kilometern Länge die meist befahrenste Wasserstraße der Welt, der Nord-Ostsee-Kanal. Angesichts dieser Fakten, so sind wir uns einig, ist der Personalabbau ein Fiasko! Ein Papier dazu, das Poschkamp fertiggestellt hat, ist auf der GdP-Homepage veröffentlicht (www.gdp-sh.de).

23. Dezember

Im Posteingang heute ein Schreiben aus dem Innenministerium. Es geht um eine Anhörung in einer Schadenangelegenheit. Am 15. März 2014 kam es um 4.20 Uhr mit mehreren Dienstfahrzeugen in der Region Rendsburg zu einem Verkehrsunfall. Die Fahrt wurde von der Regionalleitstelle Kiel wegen eines gemeldeten Einbruchsdiebstahls in der Umgebung der holsteinischen Stadt angeordnet. Weitere Dienstfahrzeuge wurden ebenfalls zum angegebenen Tatort entsandt. Gefahr war im Verzug. Man hoffte, die Täter auf frischer Tat ertappen zu können. Das Anschalten des Martinshorns wird in solchen Fällen üblicherweise nicht vorgenommen, damit mögliche Täter nicht im Vorwege gewarnt werden. Die Schäden an beiden Fahrzeugen beliefen sich auf rund 7500 €. Das Ministerium prüfte daraufhin, ob die Kosten nicht auf die Beamten abgewälzt werden könnten. Gegenüber dem Ministerium habe ich die Rechtsvertretung übernommen und deutlich gemacht, dass weder grobe Fahrlässigkeit und schon gar nicht Vorsatz vorliege. Das Ministerium stellt mit seinem heutigen Schreiben das Verfahren ein.

